

Betreff:

Großräumige Verkehrsuntersuchung aller Zufahrtsstraßen im Wiesbadener Nordwesten
(SPD/FDP)

Antragstext:

Antrag der Fraktionen von SPD und FDP:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird aufgefordert, eine großräumige Verkehrsuntersuchung aller Zufahrtsstraßen im Wiesbadener Nordwesten über den Stadtkreis Wiesbaden hinaus, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und Hessen Mobil zu planen und umzusetzen, um Möglichkeiten zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs festzustellen und auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen.

Eine solche Verkehrsuntersuchung hatte der Magistrat in seinem Schreiben vom 11. März 2022, bezogen auf einen Antrag des OBR Dotzheim vom 20. Januar bzgl. einer versuchsweisen Einführung einer linienhaften Verkehrsberuhigung im Bereich Schönberg-/Wenzel-Jaksch-Straße selbst vorgeschlagen.

Begründung:

Für eine großräumige Verkehrsuntersuchung mit Betrachtung aller Zufahrtsstraßen im Wiesbadener Nordwesten über die Dotzheimer Gemarkung hinaus, muss zunächst die Finanzierung geklärt werden. Notwendige Voraussetzung hierfür wären gleichlautende Beschlüsse durch alle betroffenen Ortsbezirke - d.h. Dotzheim, Klarenthal und Nordost - über ein großräumiges Verkehrskonzept.

Die beschließenden Ortsbeiräte haben bereits in unterschiedlichster Form verkehrsberuhigende Maßnahmen in ihren Ortsbezirken zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs vorgeschlagen, die in der Regel mit der Begründung der Verkehrsverlagerung in den Nachbar-Ortsbezirk abgelehnt wurden.

Die macht eine umfassende Untersuchung der Verkehrsflüsse aus dem Nordwesten (Rheingau-Taunus) Richtung Wiesbadener Stadtgebiet kommend und der Möglichkeiten einer entsprechend Reduzierung der Verkehre durch unsere Ortsbezirke erforderlich.

Wiesbaden, 10.05.2022